

# Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker



Landesverband Baden-Württemberg

## Informationen

Ausgabe März 2017 bis Juni 2017

*Liebe Mitglieder der VLK, liebe liberale Familie,*

für jedes Vorwort gibt es Handbücher, bezogen auf verschiedene Zielgruppen; mal spritzig interessant, mal langweilig. Michael Theurer, Mitglied der VLK schrieb eine interessante kurze Passage. Man findet sie in keinem Handbuch; einfach brilliant. Sie wird hiermit, leicht angepasst, dargestellt.

„Wo die Mitte die FDP stark macht, da werden die Ränder schwach und die Politik wieder handlungsfähig. Emmanuel Macrons Aufstand der Gemäßigten ist auch in Deutschland möglich; das haben wir eindrucksvoll verfolgen dürfen. Die Freien Demokraten stehen für eine starke Mitte: Weltoffen, proeuropäisch, marktwirtschaftlich und rechtsstaatlich. Damit dringen wir auch in Deutschland zunehmend durch. Die Botschaft in Deutschland ist endlich angekommen: Zuschauen reicht nicht; politische Zurückhaltung ist nicht mehr akzeptabel. Die liberalen Demokraten brauchen aktive Demokraten.“  
Ihnen wünsche ich einen erfolgreichen Wahlkampf und eine schöne Sommerzeit.

*Ihr Rupert Metzler (VLK-Landesvorsitzender)*

### Inhalt der heutigen Ausgabe

#### Seite 1

- Plädoyer für eine Männerquote (Kommentar)

#### Seite 2

- Wahl 2017: Kandidaten aus der VLK
- Portrait Michael Link
- Portrait Judith Skudelyn
- Service-Leistungen der VLK-BW

#### Seite 3

- „MACHT zu gleichen TEILEN“
- Liberales Thema „Friedhöfe“

#### Seite 4

- Oberkirch: „Das Liberale Rathaus“
- „Schultourismus“ und die Folgen
- Impressum und Kontakte

### Plädoyer für eine Männerquote

#### Kommentar von Dr. Julia Frank

Der **Verfassungsauftrag** ist klar: Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Dem Staat ist es aufgetragen, die Durchsetzung dieser Forderung sicher zu stellen. Dieses Szenario ist aber das Gegenteil einer Win-Win-Situation; es liefe vielmehr nach den Regeln des Nullsummenspiels ab. Von den Verlierern kann aber niemand erwarten, dass sie sich an die Spitze der Bewegung setzen.

Ohne **Sanktionen**, positive wie negative, ist dieser Verfassungsauftrag nicht zu erfüllen; das zeigt die Erfahrung seit nunmehr 25 Jahren. Das einzige zur Verfügung stehende wirksame Instrument heißt „gesetzlich vorgeschriebene Quote“. Wobei statt einer **Frauenquote** ebenso gut eine **Männerquote** eingeführt werden könnte. Da die Politik sich nicht in der Lage sah, dieses in ihrem eigenen Bereich vorzugeben, wählte sie zunächst einmal die Aufsichtsratsbesetzung der DAX - Aktienge-

sellschaften. Hierbei konnte sie des großen Heeres der Nicht-Betroffenen sicher sein. Zumindest hat sie damit eines erreicht: Die Wirksamkeit der Quotenvorgabe hat sich in kurzer Zeit bestätigt.

Es muss im Selbstverständnis demokratischer Parteien liegen, keine Forderung zu stellen, die man nicht selbst erfüllen kann. Parteien wie DIE LINKE, Bündnis 90 / Die Grünen und faktisch auch die SPD haben dies längst begriffen und umgesetzt. Dass die **Frauenquote** im neuen Bundestag von derzeit 36 % wieder sinken wird, u.a. aufgrund des Wiedereinzugs der Liberalen in inakzeptabler Gemeinschaft mit der AfD, finde ich beschämend. Ich finde es für dringend geboten, dass die Freien Demokraten nicht auf eine kommende gesetzliche Vorgabe warten, sondern auf freiwilliger Basis ihre Frauenquote mittels intern vorgegebener Quote erhöhen. Vorbehalte wegen Vertragsfreiheit, Einschränkung der Parteienfreiheit wären hier gegenstandslos, wären aber ohnehin keine unüberwindbaren Hindernisse.

Ist dieses **demokratische Prinzip** einmal wirksam, werden alle davon profitieren, auch die Männer; davon bin ich überzeugt.

„Wähle keinen Politiker, die sich in außergewöhnlichem Maße für Dein persönliches Glück verantwortlich fühlen“. **Pavel Konsorin** (tschechischer Schriftsteller und Aphoristiker)



[www.vlk-bw.de](http://www.vlk-bw.de)

### Wahl 2017: Kandidaten aus der VLK

Für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017 stellen sich folgende VLK- und FDP-Mitglieder für ein Direktmandat:

- **Judith Skudelny**, Stuttgart I
- **Michael Link**, Heilbronn
- **Michael Theurer**, Karlsruhe-Stadt
- **Dr. Christian Jung**, Karlsruhe-Land
- **Dr. Christoph Hoffmann**, Lörrach-Müllheim
- **Marcel Aulila**, Rottweil-Tuttlingen
- **Benjamin Strasser**, Ravensburg

In der letzten Ausgabe der VLK-Informationen wurden bereits Dr. Christian Jung und Dr. Christoph Hoffmann portraitiert.

### Portrait Michael Link

**Michael Georg Link** kandidiert bei der Wahl zum Deutschen Bundestag für den Wahlkreis 267, Heilbronn. Er ist Schatzmeister des FDP-Landesverbandes Baden-Württemberg und Vorsitzender des Kreisverbandes Heilbronn.

Seit Juli 2014 ist **Michael Georg Link** Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE (ODIHR) mit Sitz in Warschau. Von Januar 2012 - Dezember 2013 bekleidete er das Amt des Staatsministers im Auswärtigen Amt.

Seine politische Karriere begann er von 1989 - 1995 als stellv. Vorsitzender und Schatzmeister des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Von 1995 - 1999 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Enquete-Kommission Deutsche Einheit des Bundestages, danach als Referent von **Dr. Klaus Kinke** (MdB) und von 2002 - 2005 als außenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion.

Nach seiner Wahl in den Bundestag im Jahr 2005 diente er als Sprecher der FDP - Bundestagsfraktion für Haushalt und Finanzen der



Europäischen Union. Von 2009 bis zu seiner Ernennung zum Staatsminister war **Link** europapolitischer Sprecher der Fraktion und Vorsitzender ihres Arbeitskreises „Internationale Politik“. Seit 2014 ist er Mitglied des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung.

**Kontakt:** Waiblingerstraße 2; 74074 Heilbronn  
[MichaelGeorgLink@t-online.de](mailto:MichaelGeorgLink@t-online.de)

### Portrait Judith Skudelny

**Judith Skudelny** kandidiert bei der Wahl zum Deutschen Bundestag für den Wahlkreis 258, Stuttgart I. Sie ist Generalsekretärin des FDP-Landesverbandes Baden-Württemberg, Landesvorsitzende der Liberalen Frauen und Beisitzerin im FDP-Bundesvorstand. In der Landesliste der FDP in Baden-Württemberg nimmt sie den Platz Nr. 2 ein.

Ihre politische Karriere begann 1993 bei den Jungen Liberalen; 1998 wurde sie Mitglied in der FDP. Einige Zeit arbeitete sie politisch als persönliche Referentin des früheren Landtagsabgeordneten Dr. Ulrich Noll.

Erfahrungen in der Kommunalpolitik sammelte **Skudelny** im Gemeinderat Leinfelden-Echterdingen,

dem sie von 2004 bis heute angehört. Im Deutschen Bundestag hat sie die FDP zwischen 2009 und 2013 vertreten. Sie ist zudem Mitglied der VLK Baden - Württemberg.



**Judith Skudelny** ist verheiratet und Mutter zweier Kinder. Sie arbeitet in einer mittelständischen Kanzlei als Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt „Sanierungs- und Insolvenzrecht“.

Wenn ihre private Zeit es zulässt, widmet sich Skudelny dem Sport, vornehmlich dem Reitsport.

**Kontakt:** Rosensteinstraße 22, 70191 Stuttgart  
[generalsekretaerin@fdp-bw.de](mailto:generalsekretaerin@fdp-bw.de)

### Service Leistungen der VLK-BW

Die VLK vertritt innerhalb der FDP Interessen der Gemeinden. Sie ist Bindeglied zwischen kommunalen Mandatsträgern der FDP im Kreis, Land und Bund und der FDP - Landtagsfraktion. Folgende Service-Leistungen werden geboten:

- Unterstützung von liberal gesinnten Personen bei Urwahlen.
- Aktuelle Informationen an örtliche Mandatsträger aus der Bundes- und Landespolitik.
- Seminare zu aktuellen Themen mit Bezug zur Kommunalpolitik.

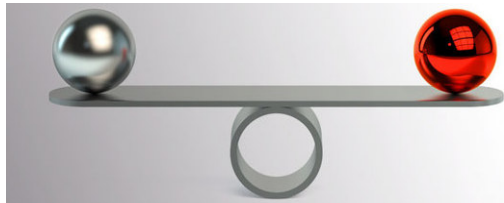
### „MACHT zu gleichen TEILEN“

Das **Bundesfamilienministerium** wählte für das Jahr 2017 das Thema „**Parité in den Parlamenten**“ als einen Schwerpunkt, gemeinsam mit der unabhängigen Forschungs- und Beratungsorganisation EAF Berlin als Projektträgerin des Helene-Weber-Kollegs.

im Mai diskutierten etwa 100 Politikerinnen aus Bund, Ländern und Gemeinden sowie Vertreterinnen der Quoten-Initiativen aus Wirtschaft, Medizin, Medien, Kunst und Kultur für eine höhere **Politik - Repräsentanz** von Frauen.

Frauenpolitisch, Tenor der Veranstaltung, sind zwar seit 1980 Fortschritte zu verzeichnen, allerdings auch zurückzuführen auf allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen. Bei der politischen **Partizipation** und Besetzung von Führungspositionen durch Frauen geht es jedoch schleppend voran. So wird sich wohl die Frauenquote im neuen **Deutschen Bundestag** weiter verringern, auch als Folge des Einzugs der AfD und des Wiedereinzugs der FDP.

Tenor war es, dass nur gesetzliche Regelungen die Benachteiligungen von Frauen in der Politik ausgleichen können. Auch wurde eine Lösung darin gesehen, die **Parteienfinanzierung** mit der **Frauenförderung** zu verbinden.



Baden-Württemberg ist mit niedrigen Frauenquoten **kein Vorzeige-Bundesland**. Der Landtag ist zu 29 %, die Kreistage durchschnittlich zu 19 % mit Frauen bestückt. Bei den Gemeinderäten sieht es mit 24 % etwas besser aus; aber im ländlichen Raum gibt es viele Gemeindeparlamente ohne Frauen.

**Dr. Julia Frank: Ich werde weiterhin dafür eintreten, die Präsenz von Frauen in allen parlamentarischen Ebenen zu erhöhen.**

Auf der Tagung wurden als Schlüssel zur Verbesserung zwei Bereiche diskutiert: Wahlrecht und Nominierungspraktiken der Parteien.

Für Baden-Württemberg gibt es bei Kommunalwahlen die Verhältniswahl mit der Möglichkeit zu kumulieren und zu panaschieren. Untersuchungen belegen, dass etwa 50 % davon keinen Gebrauch machen; sie geben ihrer Stimme der Liste. Studien weisen ferner darauf hin, dass in neuen Gruppierungen (z.B. Wählergemeinschaften) eine Sicherung der Frauenrepräsentanz eher die Ausnahme sind.

### Liberales Thema: „Friedhöfe“

Friedhöfe sind Stätten der stillen Trauer und Begegnung. Sie sind grüne Lungen einer Gemeinde. Friedhöfe erteilen Auskunft über den sorgsam Umgang mit Kulturgut und lassen Schlüsse auf kooperatives und bürgerfreundliches Verhalten einer Gemeinde zu.

Auf der **Themensuche**, besonders zur Kommunalwahl 2019 können Friedhöfe attraktives sein. Im Ergebnis müssten die Liberalen, nach Begehungen und Gesprächen, einen Katalog von großen und kleinen Maßnahmen liefern, die Situation auf Friedhöfen zu optimieren.



Bestandteil der Aktion ist sind ein **Fragenkatalog** sowie Gespräche mit **Bestattern, Friedhofsgärtnern und Steinmetzen**.

Hier Vorschläge zu einem Fragenkatalog:

- Gibt es einen aktiven **Arbeitskreis** aus Vertretern der Verwaltung, Kirchen, Bestattern, Friedhofsgärtnern und Steinmetzen?
- Gibt es eine **kommunale Konkurrenz** zu Freischaffenden im Friedhofsgeschehen?
- Ist der Eingangsbereich des Friedhofs mit Parkplätzen / Fahrradständern ausgestattet?
- Besteht im Eingangsbereich ein bürgerfreundlich **lesbares Leitsystem** zu Einzelheiten des Friedhofs und zur Wegeführung?
- Sind Gräber, die anerkannte **Kulturdenkmäler** darstellen, ausreichend gekennzeichnet?
- Ist der Friedhof ausreichend mit Urnengräbern und anonymen Gräbern ausgestattet?
- Entsprechen die gemeindlich zugelassenen **Bestattungszeiten** dem Bedarf der Bürger?
- Sind Winterdienst und Abfuhr von Kompostgut zufriedenstellen geregelt? Macht der Friedhof einen sauberen, gepflegten Eindruck?
- Lässt die **Friedhofssatzung** wenig umweltfreundliche Vollversiegelung von Gräbern zu?
- Ist die Lagerung von Gießkannen oder deren Aufhängung zufriedenstellend?
- Wie hoch ist die **Diebstahlsrate** (z.B. Bronzeteile von Grabsteinen)?
- Verfügt der Friedhof über ausreichend beschattete Sitz- und Kommunikationsbereiche?

Die VLK Baden-Württemberg unterstützt und berät zu diesem Thema; der Erhebungsbogen zur Bewertung der Friedhofssituation kann bei der VLK angefragt werden.

### Oberkirch: „Das Liberale Rathaus“

Seit mehr als drei Jahrzehnten vergibt der Bundesverband Liberaler Kommunalpolitiker den Preis „das liberale Rathaus“, eine Würdigung für **kommunale Innovationen**.

Der Preis für 2016/17 geht an den FDP-Ortsverband **Oberkirch-Renchtal** (Südbaden, Landkreis Ortenau). Die Jury in Berlin würdigte die Leistungen der Oberkircher FDP zur Erhaltung des Standortes für das Kreiskrankenhaus. Seit etwa 10 Jahren ist der Standort Oberkirch Gegenstand von Schließungs- oder Veränderungsabsichten in der Spanne von Angebotsreduzierung bis hin zur völligen Aufgabe.



Die **FDP-Initiativen** (Bürgergespräche, Unterschriftensammlungen, Podiumsdiskussionen) haben bislang den Abbau medizinischer Leistungen erfolgreich verhindert.

Der VLK-Landesverband Baden-Württemberg gratuliert dem FDP-Ortsverband Oberkirch-Renchtal ganz herzlich.

### „Schultourismus“ und die Folgen

Seit geraumer Zeit gilt in Baden-Württemberg das **Prinzip der freien Wahl** des Schulstandorts. Das bedeutet, dass Eltern und Schüler berechtigt sind, sich nicht mehr nur für die nächstgelegene Schule zu entscheiden. Sie können vielmehr, mit unterschiedlicher Argumentation, eine Schulauswahl treffen, die gemeinde- und sogar kreisübergreifend ist.

Dieser Wegfall der Schulbezirke ist aus mehreren Gründen im liberalen Sinn:

- Es stärkt den **Wettbewerb** der Schulen untereinander, ist somit der Schulqualität dienlich.
- Es erleichtert berufstätigen Eltern das Familienleben, da Berufs- und Schulstandort besser aufeinander abgestimmt werden können.

Politisch und fachlich spricht man von „**Schultourismus**“, der dann entsteht, wenn Schülerinnen / Schüler nicht an der nächsten Schule aussteigen, sondern mit Hilfe des ÖPNV bis zur individuell gewählten Schule gelangen müssen, ggf. mit mehrfachem Umsteigen.

Schülertransporte durch den ÖPNV sind originäre Aufgaben der kreisfreien Städte und

Landkreise. Seit Einführung der freien Schulauswahl explodieren die Transportkosten, besonders in weniger dicht besiedelten, flächenintensiven Landkreisen.

Der Ostalbkreis hat für 2016 ermittelt, dass sich die Mehrkosten als Folge des „Schultourismus“ durch längere Strecken auf 1,7 Mio. € belaufen. In anderen Flächenkreisen dürfte es ähnlich sein. Diese **Kostensteigerungen** beschäftigen Kreistage, Gemeinderäte, Busunternehmen und Eltern; gefragt sind Denk- und Entscheidungsmodelle zur Defizitsenkung.



Folgende Denkrichtungen sind aus der Sicht der VLK-Informationen ausgeschlossen:

- Busunternehmen zu geringeren Fahrpreisen aufzufordern; der **Wettbewerb** ist hart genug.
- Mehrkosten an Familien weiterzugeben; dies würde Kinder aus Familien mit geringem Einkommen bei der Schulauswahl benachteiligen.
- Mehrkosten durch **höhere Kreisumlagen** an Gemeinden weiterzugeben; das würde andere kommunale Aufgaben nachteilig betreffen.

**Lösung:** Ein kostendeckender ÖPNV ist nicht möglich. Um das Defizit für kreisfreie Städte und Landkreise überschaubar zu senken, bleibt der Weg, Eigenanteile der Eltern und Busunternehmen moderat anzuheben. Dabei sind Wegstrecken ebenso zu beachten wie die Bedürftigkeit unter Würdigung von Härtefällen.

### Impressum und Kontakte

**Herausgeber:** Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (VLK); Landesverband Baden-Württemberg

**Vorsitzender:** Rupert Metzler (Bürgermeister)  
[metzler@hilzingen.de](mailto:metzler@hilzingen.de)

**Geschäftsstelle:** Katinka Marx  
 Postfach 1518; 74321 Bietigheim-Bissingen  
[politik@k-marx.de](mailto:politik@k-marx.de)

**Redaktion „VLK-Informationen“**  
 Dr. Michael Büssemaker  
 07851-7959024 und [dr.buessemaker@web.de](mailto:dr.buessemaker@web.de)  
 Dr. Christian Jung [christiangjung@gmx.de](mailto:christiangjung@gmx.de)

**Bankverbindung**  
 IBAN DE25 6009 0100 0219 4310 00  
 BIC VOBAD533